

Bergdorf will nationales Wasserkraftprojekt blockieren

Die Einigung zum Trift-Speichersee stösst in der Standortgemeinde auf harten Widerstand

ERICH ASCHWANDEN

Friede, Freude, Energiesicherheit: Was der Kanton Bern, die Kraftwerke Oberhasli (KWO) und mehrere grosse Umweltverbände am 8. Dezember 2025 verkündeten, sah nach einem grossen Durchbruch aus. Die Naturschützer haben nämlich zugesichert, auf Beschwerden gegen drei Wasserkraftprojekte im Berner Oberland zu verzichten. Im Gegenzug versprachen die Berner Regierung und die Kraftwerksbetreiber umfangreiche ökologische Ausgleichsmassnahmen.

Der im sogenannten Grimsel-Dialog erarbeitete Kompromiss ist von enormer Bedeutung für die Versorgungssicherheit der ganzen Schweiz. Der Neubau des Speichersees Trift sowie die Vergrösserung des Grimsel- und des Oberaar-sees gehören nämlich zu den 16 Wasserkraftprojekten, die so wichtig sind, dass sie im Stromgesetz ausdrücklich genannt werden. Ihre Realisierung ist entscheidend dafür, dass die Schweiz in absehbarer Zeit mehr begehrten Winterstrom erzeugen kann.

Nachdem die Blockade auf nationaler Ebene gelöst worden ist, droht dem Bau des Trift-Speichersees nun neue Gefahr. Die Standortgemeinde Innertkirchen ruft nämlich zur Blockade des Projekts auf, das jährlich 145 Gigawattstunden erneuerbare Energie produzieren soll. «Wir sind masslos enttäuscht davon, was die Berner Regierung und die KWO ausgehandelt haben», sagt der Gemeindepräsident Lorenz Moor. Jahrelang habe Innertkirchen hinter dem Projekt gestanden, das für die Berggemeinde grosse Immissionen mit sich bringe. «Wir pflegten mit allen Beteiligten ein partnerschaftliches Verhältnis und haben den Dialog gesucht. Nun wird uns dieses unsägliche Trift-Diktat auferlegt», betont der parteilose Politiker.

Es scheint, als sei in dem Bergdorf in den letzten Wochen etwas zerbrochen. Zurzeit ist Innertkirchen nur vom sechs Kilometer entfernten Meiringen aus erreichbar. Wie immer im Winterhalbjahr, wenn die Pässe Susten und Grimsel geschlossen sind. Naturgefahren wie Bergstürze, Lawinen oder Hochwasser sind hier allgegenwärtig. Zudem trägt die Bevölkerung des Gadmentals grosse Lasten für die gesamtschweizerische Energieversorgung.

Anrecht auf faire Entschädigung

Reich geworden sind die Innertkirchner dadurch allerdings nicht. Anders als in Graubünden und im Wallis fliessen die Einnahmen aus den Wasserzinsen in Bern nicht in die Kassen der Gemeinden, sondern in jene des Kantons. «Wir sind keine raffigierigen Bergler», sagt der Gemeindepräsident Moor. Jedoch hätten die Bewohner Anrecht auf eine faire Entschädigung. Die Umweltverbände hätten fast alles erhalten, was sie gefordert hätten. «Für die Direktbetroffenen, die jahrelang unter den Folgen der Bauarbeiten für das Trift-Kraftwerk leiden werden, gibt es praktisch nichts. Im Gegenteil, man nimmt uns sogar etwas weg.»

Damit spricht Moor das zentrale Element der eingangs erwähnten Vereinbarung an. Darin hat der Kanton Bern nämlich ein Gebiet von 13 Quadratkilometern als Ausgleichsfläche für die KWO ausgeschieden. Es handelt sich um sogenanntes herrenloses Land, das erst im Zuge des Rückzugs des Steingletschers beim Sustenpass entstanden ist. Ein Schutzgebiet, wie es die Umweltorganisationen ursprünglich verlangt haben, wird das Gelände damit nicht. Bestehende Nutzungen für den Tourismus, wie etwa eine SAC-Hütte, dürfen jedoch nicht erweitert werden. «Der Verzicht auf die Nutzung des Gletschervorfelds am Steingletscher wird unsere Nachkommen teuer zu stehen kommen», befürchtet Moor.

Laut Moor handelt es sich bei der Vereinbarung um ein «abgekartetes Spiel». Nur gerade zwei Tage nachdem der Kanton Bern dieses Landstück ver-



Der See unterhalb des Triftgletschers soll zum Speichersee ausgebaut werden. Die Hängebrücke verschwände. MARKUS KAMMERER / IMAGO

einnahmt habe, habe er eine Gesetzesrevision in die Vernehmlassung geschickt. Diese sieht vor, dass das genau das passiert, was Innertkirchen vergeblich gefordert hat. Kommt es andernorts zu Fällen von herrenlosem Land soll dies künftig in den Besitz der Gemeinden übergehen. Innertkirchen wird jedoch nach altem Recht behandelt. «Mit Bedauern müssen wir feststellen, dass sich in der Schweiz der Mensch der Ökologie unterordnen muss», sagt Moor.

Die Innertkirchner fühlen sich betrogen und wollen deshalb das Trift-Projekt, das sie bisher unterstützt haben, blockieren. Einen direkten Hebel hat die Gemeinde dafür zwar nicht, trotzdem ist sie nicht machtlos. Der Gemeinderat hat mit den Grundstückseigentümern Kontakt aufgenommen, die Land für Installationsplätze und Deponien zur Verfügung stellen sollen. «Sie haben uns zugesagt, dass sie nicht in Verhandlungen mit den KWO eintreten werden, solange grundlegende Fragen nicht geklärt sind und die jüngsten Entscheide des Kantons nicht zurückgenommen werden.»

Konkret richtet sich der Boykott gegen die Kraftwerke Oberhasli AG, den Bauherrn des Trift-Speichersees. Innertkirchen und die KWO sind eng verbunden. Das Unternehmen, das zur Hälfte der BKW und zur anderen Hälfte den Städten Zürich, Bern und Basel gehört, ist der grösste Arbeitgeber und ein bedeutender Investor.

«Wir sind uns sehr bewusst, dass die Realisierung des Grossprojekts an der Trift für die Talbevölkerung mit Lärm, Verkehr, Schmutz und Einschränkungen bei den touristischen Angeboten verbunden ist», sagt Thomas Huber, Leiter Kommunikation bei den KWO. Seit 2017 habe das Unternehmen deshalb die Bevölkerung des Gadmentals und von Innertkirchen aktiv und mit grosser Offenheit in die Projektierung mit einbezogen. Dies, obwohl noch keine Konzession und keine Baubewilligung für den Bau des Speichersees vorliegt. Das Konzessionsgesuch ist derzeit wegen einer Beschwerde des Grimselvereins vor dem Berner Verwaltungsgericht hängig. Mit einem Urteil wird im Verlauf dieses Jahres gerechnet.

Huber spricht in diesem Zusammenhang von «freiwilligen gesellschaftlichen und touristischen Ausgleichsmassnahmen», weil es dazu keine Gesetzesgrundlage gibt. Dazu gehört beispielsweise die Investition von 4,6 Millionen Franken für den Ersatz der Triftbahn. Diese ist für die KWO betriebsbedingt nicht mehr notwendig, wurde jedoch trotzdem

erneuert, da sie für den Tourismus in der Region von grosser Bedeutung ist. Darüber hinaus wurde das Trift-Projekt durch die Partizipation mit der betroffenen Bevölkerung und der Gemeinde Innertkirchen in mehreren Punkten angepasst, um die negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verringern. Im Jahr 2023 starteten die KWO zudem den sogenannten Grimsel-Dialog, um die zusätzlichen ökologischen Ausgleichsmassnahmen gemäss neuem Stromversorgungsgesetz zu definieren. Auch die Gemeinde Innertkirchen wurde von Anfang an einbezogen.

Die nun angekündigte Blockade kommt für Huber allerdings nicht ganz überraschend. Innertkirchen habe einen stetig wachsenden Forderungskatalog präsentiert und verlangt, dass dieser eins zu eins umgesetzt werde. «Unter Dialog verstehen wir etwas anderes. Wir haben immer wieder betont und auch bereits bewiesen, dass wir die Anliegen ernst nehmen. Aber es braucht eine gewisse Kompromissbereitschaft von beiden Seiten», betont er.

Für gewisse Forderungen seien die KWO schlicht der falsche Adressat. «Das herrenlose Land ist beispielsweise in der Hoheit des Kantons Bern. Dazu haben wir als KWO nichts zu sagen», erklärt Huber. Ganz kann der KWO-Mann die strikt ablehnende Haltung der Gemeinde jedoch nicht nachvollziehen. Für das betroffene Land gelte kein Betretungsverbot, und es sei nicht zum Schutzgebiet erklärt worden. Die Gemeinde könne weiterhin einen sanften Tourismus betreiben, und der Status quo mit den heutigen Nutzungen bleibe erhalten.

Wertvolle Energie geht verloren

Mit ihrem Widerstand sind die Innertkirchner im Berner Oberland nicht allein. Die im Dezember 2025 vom Kanton und von den Umweltverbänden vorgestellten Ausgleichsmassnahmen haben auch in anderen Gemeinden für einen Aufschrei gesorgt. So etwa in Wimmis. Als Kompensation für den Trift-Speichersee soll das Wehr, das zurzeit die Simme für ein BKW-Kraftwerk staut, abgebrochen werden.

«Wir mussten aus der Zeitung erfahren, dass das Simmewehr zurückgebaut werden soll. Das wurde über unsere Köpfe hinweg entschieden», sagt die Gemeindepräsidentin Barbara Josi. Die geschätzten Kosten von 55 Millionen Franken seien aus Sicht der betroffenen Gemeinde völlig unverhältnismässig. Es sei unsinnig, ein bestehendes Kraftwerk ab-

zureissen, das pro Jahr 4 bis 5 Gigawattstunden erneuerbare Energie erzeuge. Wie Innertkirchen stehe auch Wimmis grundsätzlich hinter dem Bau des Trift-Speichersees. «Doch mit seiner Vorgehensweise stösst der Kanton die Gemeinden vor den Kopf.» Josi, die für die SVP im Kantonsrat sitzt, hat zusammen mit ihrem Parteikollegen Nils Fiechter einen Vorstoss eingereicht, in dem sie den Verzicht auf den Abriss fordern. Darin schreibt sie: «Die Strategie der sogenannten Umweltschutzverbände grenzt an Erpressung. Der Kanton macht sich durch solch unseriöse Hinterzimmerdeals auch für künftige Vorhaben erpressbar.»

Beim Kanton Bern versucht man, die Wogen zu glätten. «Der Abriss des Simmewehrs ist noch keine beschlossene Sache», sagt Claudia Minkowski, die Vorsteherin des Amts für Wasser und Abfall. Die Gemeinde Wimmis sei offenbar nicht darüber informiert worden, dass die Planungen für einen Rückbau wieder aufgenommen würden. Der Kanton Bern werde weitere Abklärungen treffen und die Gemeinde aktiv mit einbeziehen. Zu den Vorwürfen aus Innertkirchen hält Minkowski fest, dass der Kanton der Gemeinde die Übernahme des herrenlosen Landes angeboten habe. Diese habe jedoch darauf verzichtet. Der Kanton Bern werde sowohl mit der Gemeinde Innertkirchen als auch mit den KWO das Gespräch suchen.

Ob es den Verantwortlichen gelingt, die Blockade zu lösen, ist fraglich. Der hochgelobte Grimsel-Dialog hat vorerst einen Scherbenhaufen hinterlassen. Möglicherweise braucht es einen Vermittler, der die Berner Oberländer bestens kennt und ein grosses Interesse am Ausbau der Wasserkraft in dieser Region hat: Bundesrat und Energieminister Albert Rösti.



NZZ / ase.

50 000 Franken für Bergungsideen

In Seen versenkte Munition soll umweltschonend beseitigt werden

SELINA BERNER, BERN

Die Schweiz gilt als Wasserschloss Europas: Fast 1500 Seen und Flüsse durchziehen das Land. Doch kaum jemand weiss, dass am Grund vieler Gewässer eine Altlast aus dem letzten Jahrhundert liegt: Munition der Schweizer Armee aus den Lagern des Zweiten Weltkriegs. Bis 1964 war es gängige Praxis des Militärs, die Munition in den Seen zu entsorgen. Am meisten Material liegt im Neuenburger-, Thuner-, Brienzer- und Vierwaldstättersee. Dort wurden über 12 000 Tonnen versenkt.

Wie solche Munition geborgen werden soll, ohne das Ökosystem der Seen zu beeinträchtigen, wollte das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse) mit einem Ideenwettbewerb herausfinden. 214 Vorschläge wurden eingereicht. Das Bundesamt hat nun die besten davon prämiert.

Drei Unternehmen hatten die überzeugendsten Vorschläge. Der erste Platz und damit 30 000 Franken gingen an Royal IHC Defence aus den Niederlanden, einen Anbieter von Lösungen für Marinstreitkräfte. Vorgeschlagen wird eine luftgefüllte Taucherglocke, die es Spezialisten erlauben soll, die Munition vom Seewasser getrennt zu bergen. Die Plätze zwei und drei und total 20 000 Franken gingen an Schweizer Firmen: Die Helbling Technik Wil AG schlägt eine modifizierte Strandreinigungsmaschine vor, die **Walo Bertschinger AG** eine Maschine, die mit einer Förderspinnale Schüttgüter abtransportieren kann.

Unerprobte Methoden

Die drei Lösungsvorschläge gelten als innovativ, sind jedoch nicht praxiserprobt. Nach Einschätzung von Armasuisse ist keine der Ideen so weit ausgereift, dass sie kurzfristig eingesetzt werden könnte. Unklar bleibt zudem, welche Kosten eine Bergung der Munition verursachen würde – belastbare Schätzungen liegen nicht vor.

Es geht um Munition in unterschiedlicher Grösse, die bis zu 215 Meter unter der Wasseroberfläche liegt. Teilweise unter einer 2 Meter dicken Sedimentschicht. Das Verteidigungsdepartement (VBS) hat die Munition in den letzten Jahrzehnten mehrfach untersucht und überwacht sie. Trotz guten Ideen ist eine Bergung vorerst vom Tisch. Denn Experten bilanzierten schon früher: Die Munition sei nicht gefährlich und habe keine messbaren Schadstoffe freigesetzt. Aus diesem Grund kam der Bundesrat 2024 in einem Bericht zu dem Schluss, die Munitionsrückstände in den Seen seien nicht sanierungsbedürftig.

Dennoch gab es immer wieder politische Vorstösse, die mehr Informationen oder gar eine Räumung forderten. 2022 beauftragte das VBS Armasuisse, neue technische Lösungen zu suchen. Die Ideen seien lediglich für den Fall gemeldet worden, dass sich die Lage ändere und rasch gehandelt werden müsse, erklärte das Bundesamt.

Auch Deutschland will räumen

Das Problem der Munition in Gewässern reicht weit über die Schweiz hinaus. In der Ostsee liegen schätzungsweise 300 000 Tonnen Munition aus dem Zweiten Weltkrieg. In deutschen Buchten haben seit Oktober 2024 erste Testbergungen stattgefunden – ohne Zwischenfälle. Schadstoffe seien dabei keine freigesetzt worden, erklärte der Bundesumweltminister im Oktober gegenüber dem Norddeutschen Rundfunk. Deutschland will künftig im grossen Stil räumen. Geplant ist die Entwicklung der weltweit ersten schwimmenden Entsorgungsanlage für Munition aus dem Meer.

Die Schweiz könnte somit abwarten und das Vorgehen im Nachbarland beobachten. Armasuisse entschied sich stattdessen für einen eigenen Ideenwettbewerb und stellte dafür 50 000 Franken Preisgeld bereit. Keiner der Vorschläge wird jedoch derzeit unter realen Bedingungen getestet, wie das Bundesamt festhält.